

"... die westdeutsche Öffentlichkeit besser über die Lage inhaftierter Frauen in der DDR zu informieren. Dazu soll unter anderem eine Dokumentation über die Haftbedingungen für weibliche politische Häftlinge in der DDR erstellt werden. Wichtig sei auch die moralische und materielle Hilfe für aus politischen Gründen inhaftierte Frauen und deren Familien. Dabei dürfe die Hilfeleistung für in die Bundesrepublik entlassene Häftlinge nicht vernachlässigt werden ..."¹

Die Gründung des Komitees ist somit Bestandteil der Bestrebungen der "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte e. V." und anderer Feindorganisationen zur Verstärkung der subversiven Aktivitäten gegen die DDR. Durch die weitere Sammlung und Formierung feindlicher Kräfte in der BRD und Westberlin, einschließlich ehemaliger DDR-Bürger, unter der Regie der "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte e. V." und der Ausnutzung der vorhandenen Verbindungen in die DDR sollen offensichtlich über die Kontakttätigkeit in noch größerem Umfang DDR-Bürger in Widersprüche zur sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung gebracht und zu gegen den Staat gerichteten Handlungen inspiriert werden. Gleichzeitig wird angestrebt, durch Kontakte zu DDR-Bürgern zielgerichtet Informationen über angebliche Menschenrechtsverletzungen in der DDR, vor allem über "Verfolgung von Frauen wegen ihres Eintretens für Menschenrechte und Frieden und unmenschliche Haftbedingungen in Strafvollzugseinrichtungen für Frauen", zu erlangen. Diese sollen genutzt werden, um noch intensiver Fälle angeblicher Menschenrechtsverletzungen zu publizieren und unter Ausnutzung der emotionalen Ansprechbarkeit des weiblichen Geschlechts die DDR nachhaltiger international zu diskriminieren sowie politisch unter Druck zu setzen.

Um eine hohe Wirksamkeit ihres Vorgehens zu sichern, werten sich alle genannten Feindorganisationen untereinander auf, tauschen gegenseitig Informationen aus, sichern ein arbeitsteiliges und koordiniertes Vorgehen, unterhalten intensive Kontakte und Arbeitsverbindungen zu Landesverbänden der Parteien, Arbeitskreisen, Gemeinschaften, Stiftungen,

¹ Mitteilung der "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte e. V." im Tagesspiegel" vom 30. 10. 1983 "Frauenhilfe DDR gegründet"; Hervorhebung durch die Autoren